

Saale-Zeitung.

Dezemberblätter Jahrgang.

Der Inhalt der Spaltenliste über die von ihm ausgesprochenen Worte verlangt und Johann gelagt: „Angehörig des Erbes der äußeren Situation ist eine patriotische Pflicht, die innere Lage nicht zu vernachlässigen. Deshalb beschwäre ich Sie, meine Herren, der inneren gefährlichen Lage ein Ende zu machen. Wir müssen neue Steuern finden. Einigen Sie sich indertreff der 150 Millionen direkter Steuern.“

Bezugspreis
Für alle Vierteljahre bei postamtlicher Bestellung 2.50 M., durch die Post 2.75 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im einzelnen Jahrgangs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für anvertraut eingehende Korrespondenzen keine Gewähr übernommen.
Redaktion mit Zuschriften: Saale-Bl. 6. gebietet.
Verleger: Dr. Heinrich v. Bülow, Nr. 1133 a, Saale-Bl. 6. gebietet. Leipzig Nr. 590 u. 591.

Die Verhandlungen zur Reichsfinanzreform.

Fürst Bülow und der Block.

□ Berlin, 27. Februar.

Die vier Vertreter der Blockparteien traten heute vormittag zusammen, um über die Frage der Besteuerung zu beraten. Sie konferierten längere Zeit miteinander. Die Nationalliberalen hielten Johann um 1 Uhr eine Fraktions-Sitzung ab, um den Bericht ihres Vertreters Dr. Weber über die Verhandlungen entgegen zu nehmen. Von einem Ergebnis verlautet noch nichts. Es ist auch wenig wahrscheinlich, daß ein solches bereits heute erzielt worden ist. Die vier Herren haben den Auftrag erhalten, zu versuchen, bis Montag mittag zu einer Verständigung zu gelangen. Alsdann werden die Blockparteien zu Fraktionsberatungen zusammenzutreten, und wenn sie sich mit den Beschlüssen der vier Herren einverstanden erklären, soll das Lokalkompromiß als gemeinsamer Antrag in die Finanzkommission am Dienstag eingebracht werden. Sollte weiter Erwarten bis zum Montag eine Einigung nicht erzielt werden können, so ist es möglich, daß die nächste Sitzung der Finanzkommission noch weiter hinausgeschoben werden wird.

Die Finanzminister der Einzelstaaten, mit denen, wie wir berichtet, Fürst v. Bülow gestern konferierte, waren der bayerische Minister Ritter v. Pfaff, der württembergische Staatsminister v. Geßler, der badische Minister Dr. Bonhoff und der hessische Minister Dr. Gnauff.

Wie dem „B.“ von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, herrscht bei verschiedenen Bundesstaaten große Unzufriedenheit über die Behandlung der Reichsfinanzreform durch den Reichstag. So weit wir unterrichtet sind, wendet sich die Unzufriedenheit, die sich besonders in Süddeutschland hinter den Kulissen bemerkbar macht, in erster Linie gegen — Sydow, von dessen „Regietatler“ man sich bei seiner Berufung mehr versprach. — Die von Harden neuerdings in der „Zukunft“ gebrauchte Wendung: „Herr Sydow paßt nicht auf den Platz“, ist höchstwahrscheinlich — vorher schon an anderer Stelle gefallen... Wir stehen also vor Personalveränderungen falls das Reformwerk in die Brüche geht!

Zu den Verhandlungen gestern und vorgestern schreibt das „Berl. Tgbl.“ noch: „Ueber die geistigen und vorgerichteten Verhandlungen zwischen den Vertretern der verschiedenen Regierungen und den Führern der Blockparteien erfahren wir aus zuverlässiger Quelle folgende Details: Der Reichstagskanzler Fürst Bülow war am Donnerstag nachmittag im Reichstage erschienen, um zunächst mit den Führern der Konföderation zu beratschlagen. Auf Grund dieser Unterredung wurde am selben Abend beschlossen, die zu Freitag früh einberufene Sitzung der Finanzkommission zu vertagen. Statt dessen begaben sich, wie schon mitgeteilt, Freitag vormittag die Blockparteien ins Reichstagsparlament. Bei den dort abgehaltenen Besprechungen, denen auch Reichstagssekretär Sydow beizuohnte, erklärte gleich zu Anfang der Reichstagskanzler, daß er an der Nachlasssteuer in der von den Regierungen vorgeschlagenen Form nicht weiter festhalte. Es wurden dann die verschiedenen Möglichkeiten einer Entgeltung beraten, bestimmte Beschlüsse wurden aber nicht gefaßt, insbesondere auch noch nicht über die als Ersatz der Nachlasssteuer vorgeschlagene Aushebung der Reichserbschaftsteuer und auch noch nicht über die ebenfalls vorgeschlagenen sogenannten „kleinen Steuern“ (Raffeesozial uim.).

Welch hartes Interesse das protestantische Deutschland an der Erhaltung des „Blocks“ hat, geht aus einer Rundgebung des Evangelischen Bundes hervor, der gestern in einer fast besuchten Versammlung von Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern des „Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-evangelischen Interessen“ nach eingehenden Referaten konföderativer und liberaler Politiker und nach einer Debatte, an der sich Angehörige der verschiedenen Parteien, u. a. auch Mitglieder des Bundes der Landwirte beteiligten, einmütig folgende Entschlüsse annahm: „Die Verarmung der Vorländer und Vertrauensmänner des Ewang. Bundes für Groß-Berlin nimmt auf Grund übereinstimmender Referenzen aus Konföderation und liberaler Lager von der schweren Krise der Blockpolitik, die durch die Verhandlungen über die Reichsfinanzreform herbeigeführt ist, mit tiefem Bedauern Kenntnis. Sie ist sich bewußt, in parteipolitischen Fragen grundsätzlicher Zurückhaltung zu üben. Sie ist aber andererseits der Überzeugung, daß die einmütige Regelung der Finanzreform durch die Blockparteien eine eminent nationale Bedeutung hat, und appelliert

an die Reichsregierung wie an die beteiligten Parteien, auf dem Boden der Grundzüge der Regierungsvorlage an der Durchführung der Finanzreform durch die Blockparteien unter allen Umständen festzuhalten.“

Deutsches Reich.

Solz- und Personalnachrichten.

Der französische Botschafter Cambon hatte am Freitag normittag dem Reichskanzler Fürsten von Bülow einen Besuch ab, um ihm die Genehmigung des Präsidenten Fallières über den Abschluß des Marotto-Abkommens auszubringen.

Zuletzt ist Jpsen, der Senior der Rechtsanwältinnen Deutschlands, im Freitag im Alter von 88 Jahren in Jena gestorben. Er übte noch bis kurz vor seinem Tode seine Praxis aus.

Die Frage des Wohnungsgeldzuschusses

soll, wie wir mitteilten, vom Abgeordnetenhaus in der Weise geregelt werden, daß man zunächst für zwei Jahre ein Provisorium eintreten läßt und bis dahin lediglich einen Zuschuß von 33 Prozent zu den bisherigen Sätzen gewährt. Damit ist das Kompromiß, das seinerzeit zwischen Reichstag und Landtag vereinbart war, hinsichtlich geworden. Aber auch im Reichstage scheint man nicht geneigt zu sein, sich etwa die Beschlüsse der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses zu eigen zu machen. Auch dort sind die Fraktionen übereingekommen, von der Regierung einen neuen Entwurf zu fordern.

Bayern für die Erhöhung der Telephon-gebühren.

Ein seltsame Meldung kommt aus München. Nach Beschluß des Staatsministeriums stimmt Bayern unter allen Umständen für die Erhöhung der Telephongebühren.

Der bayerischen Regierung, die ihre Bundesratsbeschlüsse in dieser ungeheuerlichen Stellungnahme im Bundesrat anweist, ist die tiefe Erregung, die den Mittelstand wegen der geplanten Verteuerung des Telephons ergriffen hat, wohl ganz entgangen? — Wären die Herren Minister nicht so weltfremd, so würde ihnen bekannt sein, daß erst gegen die 40 000 Mitglieder zählende „Bund deutscher Galtnirte“, ferner der Ausschuß des Verbandes deutscher Detailhändler der Textilbranche, die Handelskammer in Wiesbaden und an zahlreichen anderen Orten, — nicht zuletzt aber zahlreiche Korporationen in Süddeutschland (Bayern, Württemberg und Baden) — die geplante Verteuerung des Fernsprechers als eine neue erhebliche Belastung und Befähigung des Gewerbes und des Handels ablehnen!

Wieder eine Masseregulierung eines liberalen Pfarrers.

Aus dem Nachbereich des Erzbischofs Albert, dessen Vorgehen gegen den Pfarrer Grandinger vor nicht langer Zeit die öffentliche Meinung beschäftigte, meldet der „Draht“, „Wolff, Tg.“:

Bamberg, 27. Febr. Der katholische Pfarrer Tremmel in Volsbach, ein Freund und Gesinnungsgenosse des Pfarrers Grandinger in Nordbahrn, wurde durch den Bamberger Erzbischof Albert zur Verantwortung gezogen, weil er am 22. Januar in einer Versammlung des jungliberalen Vereins in Bayreuth einen Vortrag über Liberalismus gehalten und sich bei dieser Gelegenheit als Mitglied dieses Vereins bekannt hatte. Tremmel wurde zu einer Sitzung des Metropolitankapitels nach Bamberg geladen, um sein Anrecht einzugehen, weil er als katholischer Priester sich nicht als Zugehöriger einer liberalen Partei betonen dürfe. Der Erzbischof ließ durch, der jetzt zum Bischof von Gries bei Bogen weilt, auch die Münchener Kuraturs auf die Vernehmung seines Priesters aufmerksam gemacht worden sein. Der Vorfall wird allerorts lebhaft besprochen.

Eine neue Füge des „Matin“.

Der Pariser „Matin“, der eine gewisse traurige Bekanntheit erhalten hat durch seine verschiedentlichen Mitteilungen über deutsche Politik, läßt sich jetzt aus Berlin wieder eine Meldung drahten, die den Stempel der Erfindung an der Stirn trägt. Natürlich wieder etwas über den Fürsten Bülow! Wir geben die hauptsächlichsten „Anführungen“ des französischen Heßblattes wieder:

Fürst Bülow habe in einer Verlesung der Führer der Blockparteien erklärt, daß die gegenwärtige äußere Lage überaus ernst sei. Die Lage auf dem Balkan gleiche einem Pulverfaß, bei dem sich eine drohende Lunte befindet. Der Reichstagskanzler sagte:

„Bei den Vorstellungen, die wir Ausland gemacht haben, haben wir nicht verfehlt, daß wir im casu foederis, falls Ausland in einem österreichisch-serbischen Konflikt selbst mit den Waffen unterstehen sollte, um sofort an die Seite Österreichs treten würden.“ Fürst Bülow habe hinzugefügt: „Wir würden Ausland sofort angreifen.“

Der Fürst habe die größte Diskretion über die von ihm ausgesprochenen Worte verlangt und Johann gelagt: „Angehörig des Erbes der äußeren Situation ist eine patriotische Pflicht, die innere Lage nicht zu vernachlässigen. Deshalb beschwäre ich Sie, meine Herren, der inneren gefährlichen Lage ein Ende zu machen. Wir müssen neue Steuern finden. Einigen Sie sich indertreff der 150 Millionen direkter Steuern.“

Das offiziöse Depeschensbureau bemerkt zu dieser Notiz: „Die im Vorstehenden dem Reichskanzler in die Mund gelegten Äußerungen sind vollständig erfunden.“ — Derartige Tendenzangaben werden nie aufhören, solange die Vertreter solcher Pariser Blätter, mit denen der Kanzler doch schon oft genug bittere Erfahrungen machen mußte, im Reichstagsparlament stets offene Türen finden, während deutsche Journalisten — erfolglos antiämbrerieren müßten!

Dr. Igenstein.

Dr. Heinrich Igenstein, der im Berg-Bezirk vorurteilt Herausgeber des „Aubach“, hat durch seine Rechtsbeistand der Berliner Staatsanwaltschaft mitteln lassen, daß er sich in Paris befinde und es sei seine Ehrenpflicht halte, die Strafe, zu der er verurteilt ist, auf sich zu nehmen. Dr. Igenstein erklärt, er habe Berlin nur verlassen, weil er seine sofortige Verhaftung befürchtete habe. Er habe aber noch so dringende Privatangelegenheiten zu ordnen gehabt, daß ein Aufschub derselben für ihn die ernstesten wirtschaftlichen Konsequenzen gehabt hätte. Inzwischen hat das Reg. Landgericht I eine Berufung eingelegt, wonach die Beschlüsse des Reichsgerichtes im Deutschen Reich die befindlichen Vermögens des Dr. Igenstein angeordnet wird.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte die Beratung des Postetats fort. Mit Blochmehrheit wurde als Ausgleich für die geltend auf Antrag des Zentrums ersuchten 12 Abgeordneten und 7 Postbeamtenstellen der Zugang von 25 Stellen für Post- und Telegrapheninspektoren um 10 erhöht. Bei den Unterbeamten sieht der Etat einen Zugang in gehobenen Dienststellen von 1400 Stellen und von 1600 Stellen in sonstigen Zweigen des inneren Dienstes um vor. Gegen diesen starken Zugang werden von mehreren Seiten erhebliche Bedenken erhoben, zumal die Diätäre gleichfalls vermehrt werden sollen. Von freiständiger Seite wird dringend empfohlen, die Postautomaten in rascherem Tempo einzuführen, wodurch viele Beamtenstellen gespart werden können. Die mechanischen Arbeiten seien immer mehr den Unterbeamten zu übertragen, auch hier seien Millionen zu sparen, ohne daß der Betrieb der Post dadurch im geringsten leide. Von anderer Seite wird eine durchsichtiger Etablierung gewünscht. Staatssekretär Raetke glaubt, daß die Postverwaltung alles getan zu werden, der Technik auf dem Gebiet der Automaten gerecht zu werden. Der Uebertragungsmechanischer Arbeiten auf Unterbeamte wird die größte Bedeutung beigelegt, aber das läßt sich nur schrittweise machen. Von anderer Seite wird insbesondere auf den Vorkaufabfertigungsdienst hingewiesen, der sehr wohl von Unterbeamten besorgt werden könne. Bei Einsparungsbeschlüssen könnte die doppelte Quittung vermieden werden durch einfache Durchschrift mittels Blaupapier, wie es bei der Gepädabfertigung schon der Fall ist. Auch gäbe es für Einsparungsbeschlüsse bereits Abfertigungsautomaten. Die Briefmarken sollten fast in Bogen in Heften und Rollen abgegeben werden. Im übrigen wird aber betont, daß uns das Ausland um unseren Volksetrieb beneide. Beim Diätartitel wird eine Resolution Dr. Dröschler (son.) einstimmig angenommen, die den Reichskanzler ersucht, eine raschere Vermehrung der Unterbeamtenstellen und Verminderung der mittleren Beamtenstellen zu veranlassen. Mit Zustimmung der Postverwaltung werden beim Diätartitel 200 000 Mark abgesetzt, beim Titel für außerordentliche Hilfsleistungen 60 000 M.

Allgemeine Mitteilungen.

Der Vg. v. Vollmar ist nach dem „Vorwärts“ so weit wieder hergestellt, daß er im Laufe der nächsten Woche nach Berlin kommen und an den Verhandlungen des Reichstages wieder teilnehmen wird.

Deutscher Reichstag.

215. Sitzung am Sonnabend, 27. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Dernburg, v. Schumann. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Der Präsident kommt auf den beleidigenden Zufuß zurück, den der polnische Abg. Kulerski am Donnerstag während einer Rede des Abg. Dr. Böhme (Wirtsch. Bg.) gegen dieselbe gemacht hat. Der Präsident habe damals diesen Zufuß nicht gehört, sonst hätte er den Abg. Kulerski zur Ordnung gerufen.

Der Kolonialrat.

(Zweiter Tag.)

Abg. Eichhorn (So.):

Herr Lattmann hat gestern gegen uns Sozialdemokraten eine kinliche Bemerkung gemacht über unser angebliches Schweigen in der Kommission. Präsident Graf Stolberg auf den Redner zur Ordnung. Es ist nicht wahr, daß wir geschwiegen haben; darum entfallen auch die Schlußfolgerungen. Wir lehnen die Kolonialpolitik genau so rückhaltlos ab wie bisher und das wird immer

so sein, denn diese Kolonialpolitik deckt sich mit Ausbeutung und Unterjochung. Herr Dittmann hätte sich seine Bemerkung sparen können, dann hätte ich mir den Ordnungsruf gespart. Was hat sich denn auch in der Kolonialpolitik geändert? Nur daß Herr Dernburg das eine Mal eine Rede nach Dür, das andere Mal nach Südwestafrika gemacht hat, und jedes Jahr die Sache umgeteilt schildert. Neben Sie doch nicht immer vom Wert der Kolonie. Die Schilderungen von ihrer Vorteilhaftigkeit sind durchaus übertrieben. Der ganze Handel ist eine fächerliche Kappalle, und die angebliche Aufwärtsbewegung existiert nur in der Phantasie der Kolonialschwärmer. Die Schwärmer sind nicht einmal auf das Mutterland angewiesen. Es gar für ein paar Bedürfnisse in Dares-Salaam muß man sich das Geld erst aus Deutschland holen. Mit Südwestafrika ist es nicht besser. Angehörig löst dort der Reichstag aus der Straße liegen, und jeder löst in der Lage sein, sich in ein paar Stunden die Taschen mit Diamanten zu füllen. Gelesen haben wir ja diese Diamanten noch nicht (Dpo-Rufel), aber ich will nicht betreten, daß sie da sind. Die Bannur Diamantenschiefer haben sich ja auch schon beim Staatssekretär in empfehlende Erinnerung gebracht. Er soll ja auch mit ihnen schon verhandelt haben. Die Schätzungen über den Wert der Diamantenväner sind zweifellos sehr übertrieben. Wenn man aber selbst die höchsten Ertragsfälle annehmen würde, so würden immer noch nicht die Kosten des Verwaltungsbetriebes zu decken herauskommen. Wie kann man da von einem lösslichen Schatz sprechen. Der einzige Erfolg der neueren Kolonialpolitik ist der, daß man die unumfassenden Greuel dieses Feldzuges nicht mehr betreibt, daß man die Grausamkeiten und barbarischen Handlungen nicht mehr abseugt. (Unruhe.) Als wir früher hier diese grauenhafte Kolonialpolitik brandmarkten, da warf man uns Vergehungen vor. Man erklärte, wir würden das Reich nicht in Mitleid bringen, man entwürfelte sich künstlich über unsere Kritik. Jetzt ist es anders geworden. Keulich hat der Staatssekretär in seinem Vortrage hier im Reichstage in Gegenwart des sogenannten obersten Kriegsherrn selbst erklärt, daß die Kriegsführung in Südwest von solchen Folgen begleitet war, daß sie sich der Eigenart des Landes anpassen müßte. Und der oberste Kriegsherr mußte diesen Rästel ruhig einsehen. (Unruhe reißt.) Staatssekretär Dernburg begibt sich zum Präsidenten Graf Stolberg. Dieser ruft den Redner zur Ordnung.) Und nicht das Reich wird die Diamantenerträge ausbeuten, sondern den Löwenanteil hat das Spekulationskapital, das internationale. Der nächste Erfolg zunächst ist jedenfalls ein wildes Wespennest. Ich habe den Eindruck, daß der Staatssekretär hart im Banne der Grobheiten ist, genau so wie sein Vorgänger sich von Tippeleien überdrehen ließ. In die Spitze der Deutschen Kolonialgesellschaft kommt jetzt Gouverneur a. D. v. Bennigsen, ein Kolonialer Jagdmann; das kann den Einfluß dieser Gesellschaft auf die Regierung und den Staatssekretär nur steigern. Unsere Kolonien dienen nur den Ausbeutungsgelüsten des Kapitals. Den mittellosen Gemüth haben Bankiers, ehemalige Kolonialbeamte und Offiziere selbst auch spekulierende Parlamentarier, nicht aber das deutsche Volk. Jegliches muß alles vernichten werden, was in Südwest von neuem Leben heraufzufröheln könnte. Es darf nicht gekipelt werden. Kritisch auch in der Kolonialgesellschaft wird der Herrenlandpunkt gegenüber dem Kaiser betont. Auf ihrer letzten Tagung in Bremen hat Herr Paasche sogar die Juangensarbeit verteidigt und erklärt, man solle keine Negerkolonien, sondern weiße Kolonien. Herr Arendt ist gestern über das System Regenber ganz aus dem Säusigen geraten. Er hat über zu große Mißde getramert. Er hielt sich ja jetzt ganz als alter Afrikaner hin; ich nahm immer an, daß die Mißde seiner Vorfahren in Kleinasien gefunden hat. Er spielt sich als Schützengel der Pfanner auf (Heiterkeit), macht sich aber keine Gewissensbisse, in Deutschland für die Unterdrückung der Polen und Arbeiter einzutreten und rühmlichst jedem Gelehe zuzustimmen, durch das die Presse getrieben wird. Er verteidigt nur die Ausbeutung. Auch der durch die Freureiere der Waisfisch abgebräute Herr v. Liebert hat gegen das System Regenber Sturm. Sa, Herr v. Liebert, in der Waisfisch wird man wohl abgebräut, die Wahrheit und Recht? Wo sind denn die Gelehrten, die unter seiner Gouverneursverwaltung ausgebeutet worden sind? Das System Dernburg ist immer noch das kleinere Uebel. Mit aller Stärke aber werden wir uns gegen jede Unterjochungs- und Ausbeutungspolitik. (Beifall b. d. Soc.)

Abg. Dr. Arning (natl.):

In der Kommission wurde uns gesagt, unsere Informationen aus Ostafrika hätten nicht den Wert wie die Denkschriften der Regierung; in Konsequenz davon könnten wir uns mit unseren Diäten penktonieren lassen. Die aktive Kolonialpolitik scheint mir etwas zu sehr nach dem Mignon-Worte behandelt zu sein: O laß mich scheitern, bis ich verbe! Es könnten leicht Rückschlüsse kommen, als wenn ihre Staats- etwas langsame eine aktive Bilanz zeigen. Daß die Eingeborenen jetzt gut behandelt werden, erkenne; die amtliche Denkschrift ausdrückliche an. Es hätte das aber schon in der vorigen Denkschrift gesehen sollen, es wäre dann unter den Pfanzern viel böses Blut vermieden worden.

Abg. Geydiger (Ztr.):

Die Kolonien haben sich wirtschaftlich gut entwickelt, obgleich noch manches zu bessern übrig bleibt. Von der Rede des Herrn v. Liebert kann man sagen: Es geht bei gedämpfem Trommel-schlag. (Heiterkeit.) Herr Arendt glaubte gar eine Banfare zu schmeitern, aber im Grunde war seine Rede doch nichts anderes als das Klageged des trauernden Zeremonie auf den Trümmern seiner früheren Kolonialpolitik. (Große Heiterkeit.) Wenn der Staatssekretär seine Kolonialpolitik in derselben Weise fortführt, dann darf er auf unsere Unterstützung rechnen. Eine gerechte Behandlung der Negern kann unmöglich zu Unfriedens führen. Die Untertreibung unserer ostafrikanischen Politik würde das größte Unglück für die zukunftsreiche Kolonie und für das Mutterland. Bei der Auswahl der Direktionskommission ist äußerster Sorgfalt geboten, damit nicht etwa eine bürokratische afrikanische Gewerbeinspektion entsteht. Die finanzielle Entwicklung unserer Kolonien ist durchaus nicht ungünstig. Wir haben uns seit 1855 für eine vernünftige sparsame Kolonialpolitik erklärt und werden das auch weiter tun. (Beifall im Zentrum.)

Das Haus vertagt sich. Weiterberatung Montag 2 Uhr. Schluß gegen 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 27. Februar.

Am Ministerische: v. Moltke.
Der Platz des Abg. Schmieding (nl.), welcher heute beim Saufe 25 Jahre angehozt, ist mit einem Alumnatrat geschmückt. Präsident v. Richter eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt beim

Stat des Ministeriums des Innern.

Beim Staatsmittel „Beihilfen für unterstützungsbedürftige ehemalige Krieger“ bebauet

Abg. Bayer-Rußadt (Ztr.),

daß den ehemaligen Krieger die Beihilfen entzogen würden, wenn ihr Einkommen einen gewissen Betrag übersteigt. Die Einnahmen werden bemittelt.

Die nordschleswigeche Frage.

Bei den Ausgaben, Titel „Ministergehalt“, wird nach dem Vorschlage des Abg. v. Pappenheim zunächst die nordschleswigeche Frage bestritten.

Abg. Schiffer (nl.):

In Namen meiner politischen Freunde mache ich darauf aufmerksam, daß die dänische Bewegung im letzten Jahre eine weitere Stärkung erfahren hat. (Hört, hört!) Die Agitation bewirkt nichts anderes, als die Besetzung Nordschleswigs von Deutschland, obgleich Dänemark im Jahre 1907 den jetzigen Rechtszustand ausdrücklich und förmlich anerkannt hat. Der Abg. Hansen hat ausdrücklich zugegeben, daß die dauernde Trennung Nordschleswigs von Deutschland das Ziel seiner Partei sei. Der Abg. Nissen hat sogar gemüthlich, daß den Dänen ein Napoleon erstehe. (Heiterkeit.) Wir verlangen trotzdem keine Ausnahmestellung gegen die Dänen. Kann man aber nicht mit solchen Mitteln den dänischen Zugang verhindern? Die Verhältnisse, die mit dem Optantenvertrag aus der Welt geschafft werden sollten, sind wiedergeteilt! Ueberall werden dänische Verarmungsschüler erzieht. Warum das? Wo freue mich, daß der Minister mehrere dänische Agitatoren ausgesendet hat. Dadurch wird die Stoffkraft der Bewegung geschwächt. Wir brauchen in Nordschleswig ein lehrreiches, strenges, gerechtes Regiment, und nicht einen Zirkus, wie wir ihn jetzt haben. (Beifall.)

Abg. Johansen (fr.):

Die dänische Agitation verlangt Auslieferung Nordschleswigs an Dänemark. Da ist es wahrhaftig Zeit, auf dem Posten zu sein. Etwas mehr Dampf, Herr Minister! (Sehr Zustimmung.) Wir müssen in Nordschleswig zeigen, daß wir die Herren im eigenen Hause sind. Wir wollen unseren treuen Landesknechten im Norden den Rücken stärken, damit wir auch mit guten Gründen ihnen zureiten können: Zungs, halt fast! (Sehr Beifall.)

Abg. Graf v. Reventlow (fr.):

Wir wollen nichts gegen die wirtschaftlich lästige Bevölkerung in Nordschleswig unternehmen, sondern nur gegen wüste dänische Agitation. Vor der dänischen Armee haben wir keine Angst. Wir würden sie beim Ueberschreiten der Grenze verhaften. (Große Heiterkeit.) Wir wollen, daß Schleswig-Holstein mit dem deutschen Vaterlande innig verbunden bleibt, up ewig ungeteilt. (Beifall.)

Minister des Innern v. Moltke:

Die von dem Optantenvertrage erhoffte Verhütung der nationalen Leidenschaften ist leider nicht eingetreten. Die Dänisch sprechende Bevölkerung fordert sich von den Deutschen ab. Man ist hier und da in der Kampfeslinie sogar schon zu wirtschaftlicher Aetzung übergegangen. Wir werden demgegenüber die Politik der nachhaltigen Förderung des Deutschtums, namentlich auf wirtschaftlichem und auch auf kulturellem Gebiete, weiter und noch mehr betreiben. Vor allem wollen wir dafür sorgen, daß die heranwachsende Jugend dem Deutschtum erhalten wird. Dem Uebergang deutschen Grundbesitzes in dänische Hände muß Einhalt getan werden. Wo immer wilde Vergehungen hervortritt, wird die Regierung zur Wahrung ihres Hanstretts ihr mit harter Hand entgegentreten. (Sehr Beifall.)

Abg. Kloppenburg (Däne):

Herr Schiffer ist anscheinend durch Herrn Dr. Hahn fasziniert. Dieser gibt aber nur ein Herrbild von den tatsächlichen Verhältnissen. Es ist eines großen Reiches nicht würdig, eine kleinliche Politik gegen Individuen zu treiben. Wenn Sie Leute haben wollen, wie Sie sie wollen, dann müssen Sie in Cattans Hospitium gehen, wo die wärmeren Menschen sind. Wir erfüllen unsere Pflichten gegen den Staat genau so wie Sie, lassen Sie also ab von der Sonderpolitik gegen uns. Wehen Sie auf unsere Taten und lassen Sie Gedanken und Glaubenssachen frei.

Abg. Graf Moltke (fr.):

Wir freuen uns, daß wir einen Mann wie Dr. Hahn in Nordschleswig haben, der unerschrocken für das nationale Interesse sich einsetzt.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Es folgt die allgemeine Besprechung beim Titel „Ministergehalt“, wozu eine Reihe von Anträgen vorliegt. Ein Antrag Hirsch (Soc.) verlangt, daß Krankenunterstützung nicht als Armenunterstützung anzusehen sei. Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten wünscht Einführung einer einheitlichen Gemeindeförderung für ganz Preußen. Ein Antrag Baisfelder (Ztr.) wünscht Einführung der königlichen Postel auch in den Landkreisen Bohum und Gelsenkirchen. Ein Antrag Schmieding (Ztr.) will die Reichsgesetze betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte auf die preußischen Landesgesetze übertragen. Ein zweiter Antrag Schmieding fordert, daß Personen, die sich hartnäckig und böswillig der Unterstützungsspflicht armer Angehöriger entziehen, zur Arbeit anzuhalten sind. Ein Antrag des Zentrums und der Nationalliberalen fordert Mittel für Armenverbände, die durch ihre Lage an der Grenze der Abstützung von verarmten Deutschen aus dem Auslande besonders häufig ausgelegt sind.

Abg. Dr. v. Heydenbrand (konl.):

belehrt den Fall Schilling. Es seien da Sachen vorgekommen, die einer näheren Aufklärung bedürfen. Die Pressstimmen meinen, Herr Schilling hätte nicht weiter gehen, als liberale Ideen vertreten. Wenn das richtig wäre, würde ich, wenn ich ein liberaler Mann wäre, mich auch empört gefühlt haben. Die politische Bestimmung eines mittelbaren oder unmittelbaren Staatsbeamten darf nicht den Anlaß geben, den Betreffenden in seiner Stellung zu bedrängen. (Sehr richtig! rechts.) Herr Schilling hat aber nicht die Rücksicht geliebt, die jeder Staatsbeamte, er sei mittelbar oder unmittelbar, gegenüber seinen Vorgesetzten und der allgemeinen Staatsregierung walzen muß. Die Pressstimmen beklagen sich, daß man die Angehörigen ihrer Partei schlecht behandle, und daß dadurch die Bloßstellung auf das Schmerzlichste gefördert sei. Die Regierung hätte von vornherein erklären sollen, daß von der Verlesung der politischen Bestimmung keine Rede sein kann. Die Regierung hat hat besten in der „Königlichen Zeitung“ erklären lassen, daß der Regierungspräsident in der Sache ganz große Fehler gemacht habe, die ihm sogar nicht getadelt, länger im Amte zu bleiben. Wo heißt da die Autorität des Beamten, dem es passiert? (Sehr Zustimmung rechts.) Dann sind wir am Ende vom Liebe. (Sehr richtig! rechts.) Auch wir meinen mit dem größten Willen, daß die Beamten die Pflicht haben, die Gesamtpolitik der Regierung zu vertreten. Aber das ist doch etwas anderes, als daß sie etwa die Verpflichtung hätten, ihr Ohr dem zu leihen, was aus der allgemeinen politischen Situation heraus der Regierung gerade angenehm sein könnte! Davon kann keine Rede sein! Ich kann mir nicht denken, daß gewisse Organe der Reichsregierung trotz ihrer großen Rücksichtnahme auf das ganze Volk, das den herrlichen Namen „Blod“ führt, beim Fall

Schilling sich in innere preussische Angelegenheiten einmischen haben sollten. Das wäre, wie mir das Haus zugeben wird, ein Fortschritt. (Sehr Zustimmung rechts.) Die berechtigte Eingebildetheit in der Leitung der Geschäfte im Reich und in Preußen darf nicht zu einer Schädigung wichtiger preussischer Landesinteressen führen. Die Wahrung der Autorität der Beamten ist aber ein solches Interesse. Am nicht nicht in den inneren Dienstleistungen zu mischen, will ich kein Urteil über das Verhalten der Regierungspräsidenten fällen; sollte das von anderer Seite geschähen, so würden wir das auf's Beste bedauern. Wir sind sehr an der Beamtenpflicht, die nur einen Weg kennt, den der Pflicht, und wir lernen es ab, daß ihnen dieser Weg durch eine Art parlamentarischer Ueberregulation erschwert werde. Wenn der Beamte außer auf seine Pflicht noch auf andere Dinge Rücksicht nehmen will, das Vertrauen des Volkes zur Beamtenpflicht schwinden. (Sehr Beifall rechts.)

Minister v. Moltke:

Ich war auf diese Erörterung unvorbereitet. Im großen Ganzen stehe ich auf demselben Boden wie der Herr Redner. Mit Rücksicht auf das noch bestehende Verfahren kann ich nicht frei von der Leber weg sprechen. Die Presse hat wohl jedenfalls an dem Wege voller Objektivität ebenso wenig abzurufen vermocht, als irgend etwas anderes. Von einer Einmischung der Reichsintendanten ist nicht die Rede. Wenn der Schleswiger Regierungspräsident auf Urlaub gegangen ist, so entzage das einem schon vorher aus ihm gebührenden Wunsch. (Große Heiterkeit.) Wegen der Einleitung des Verfahrens gegen Schilling ist er nicht beurlaubt worden. So wenig der Abg. v. Heydenbrand sich in den inneren Dienst betreiben müssen will, so wenig kann ich hier innere Angelegenheiten eines im Dienst befindlichen Beamten erörtern, der dadurch leicht in ein falsches Licht geraten könnte.

Abg. Fleischer (Ztr.):

bestimmter die Vereinigung der behördlichen Organisation, Verminderung der Anzahlnzahl im Verwaltungsbereich und Begrenzung der Kompetenzen der einzelnen Instanzen. Die Kreisverwaltungen sollten sich nicht mit inneren Schlangengeleiten befassen dürfen. Wegen politischer Verfügungen sollte zunächst die Beschwerde und dann erst die Klage zulässig sein, und unter Verwaltungstreitverfahren würde dann von vielen überflüssigen Bagatelprozessen entlastet werden. Die Dezentralisation der Verwaltung wird eine neue Belastung der Landratsämter in Folge haben. Dieser Neubelebung muß eine Entlastung auf anderen Gebieten entsprechen. So sollte man die Kreisverwaltungen nicht mit den inneren gemeinlichen Angelegenheiten belasten. Bezüglich der Kreisfinanz mitunter der einzige Vermaltungsstörper für die Landgemeinden. Auch die Stellung des Landrats gegenüber den Bürgermeistern der kleinen Städte muß geändert werden.

Abg. Hirsch (Soc.):

Die Rede des Abg. Dr. v. Heydenbrand war typisch. Die Rechte will von dem Preßstim etwas im Reich haben. Sie dürfen aber nicht auf Gegenleistungen in Preußen hoffen. Der Minister sagt, er sei in Verlegenheit. Seine Verlegenheit ist so groß, daß er auf den bringenden Punkt der Heydenbrand'schen Rede gar nicht eingegangen ist. Redner führt dann weiter aus, daß politische Spähel an den Demonstrationen teilgenommen hätten.

Das Haus vertagt sich auf Montag 11 Uhr: Wörsinggebäude, Sitzung des Ministeriums des Innern.

Schluß 5 Uhr.

Ausland.

Die Orientkrisis.

Die österreichisch-türkische Einigung.

Wie schon geftern kurz berichtet, ist die Verständigung zwischen Oesterreich und der Türkei nunmehr vollzogen. Das darüber abgefaßte Protokoll bringt u. a. den endgültigen Bescheid der Bforte auf Bosnien und die Herzegowina und Oesterreichs auf den Santhofat Novibazar, sowie die sekundäre Abfindung der Türkei. Die wichtigsten Bestimmungen des Protokolls sind folgende:

Artikel 1: Oesterreich-Ungarn verzichtet auf alle Rechte im Santhofat Novibazar.

Artikel 2: Die Konvention vom 21. April 1879, ebenso der Preß der Bforte gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina werden aufgehoben und durch das gegenwärtige Protokoll ersetzt, das feststellt, daß die türkische Regierung ausdrücklich den durch obenverehrte Entschließung geschaffenen Zustand anerkennt.

Artikel 3 bestimmt: Die gegenwärtig in der Türkei lebenden Bosnier und die gegenwärtig in Bosnien weilenden Türken behalten die ottomanische Nationalität. Die Bosnier können auch weiterhin nach der Türkei auswandern, sie werden dort als türkische Untertanen aufgenommen.

Artikel 4 sichert den bauern und vorübergehend in Bosnien sich aufhaltenden Mosammedanern Freiheit in der äußeren Ausübung des Kultus wie bisher zu. Der Name des Sultans als Kalifen wird auch weiterhin in den öffentlichen Gebeten der Mosammedaner genannt.

Artikel 5 verpflichtet sich Oesterreich-Ungarn binnen 15 Tagen nach Ratifizierung des Protokolls, der Türkei den Betrag von 5 Millionen türkische Pfund als Gegenwert ihrer in Bosnien und der Herzegowina besetzten unbeweglichen Güter auszubehalten.

Artikel 6 heißt es: Oesterreich-Ungarn verpflichtet sich, binnen zwei Jahren nach Ratifizierung des Protokolls mit der Türkei einen Handelsvertrag abzuschließen.

Die Kriegsgefahr.

Nachdem Rußland grundsätzlich eingewilligt hat, an den Schritten der Mächte in Belgien teilzunehmen, wird jetzt über die Form zu beraten. Es heißt, daß Serbien zuerst eingeladen werden soll, seine Wünsche genau auszubilden, wobei natürlich eine gewisse Erweiterung als geschäftlich stehen muß. Rußland erklärt, daß Oesterreich bereit ist, die Donau-Abzweigung zu begünstigen, den Anstich der jersischen Bahnen an das bosnische Netz zu gestatten, Serbien für seine Vieh- und Getreibeausfuhr Zollbegünstigungen zu gewähren und die Zulassung eines Vertreters Serbiens in die Donau-Kommission zu befürworten. Von einer Konferenz ist zurzeit noch nicht die Rede und noch weniger von der Bezeichnung einer Hauptstadt als ihren Sitz.

Paul Schauseil & Co.

kommanditirt v. d. Anhalt-Dessauischen Landesbank.
Halle a/S., Bitterfeld, Delitzsch u. Eilenburg.

**An- und Verkauf
von Wertpapieren,
ausländischen Banknoten
und Geldsorten.**

**Check-
Conto-Corrent-
Wechsel-
Verkehr.**
J. & P. Schledmayer - Stuttgart
Hoflieferanten Sr. Majestät des Kaisers
Demozillstelle für Wechsel.
Einlösung von Coupons etc.

**Annahme und Verzinsung von
Spar-Einlagen (Depositen).
Verlosungs-Kontrolle.
Privat-Tresore**
(einzeln vermietbar).

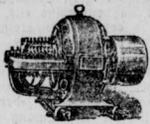
Elektrotechnisches und maschinentechnisches Bureau

Civilingenieur **H. Zscheyge**, Halle a. S.

Telephon 1545.

Magdeburgerstrasse 45.

Ansarbeitung u. Ausführung v. Pro-
jektion u. Kostenschätzungen betr.
büch- u. Krattanlagen



Ausführung von Zentralen.

Lieferung von

**Dynamos und
Elektromotoren**
von erstklassiger Firmen.

Jeden Umfanges
für Gemeinden, landwirtschaftliche
Betriebe, industrielle und berg-
wärtliche Unternehmungen sowie
im Anschlusse an Elektrizitätswerke.

Sachverständige Gutachten und Revisionen für Behörden und Private.

Beste Referenzen.

Hallesche Röhrenwerke Akt.-Ges.

Halle a. S. Fernsprecher 901.

Abteilung C.

Centralheizungen aller Systeme.

Besonders empfehlenswert:

Etagenheizungen

vom Küchenherd aus.

Lüftungs- u. Trockenanlagen.

Eigene Rohrröhre.

Heizungs- u. Lüftungs-Anlagen

aller Art.

**Trockenrichtungen für alle Zwecke, Koch- und
Waschküchen, Badeeinrichtungen.**

Seit 1876 weit über 1000 im Betrieb.

Sachsse & Co., Halle S.

Älteste Heizungsfirma am Platze.
Zweiggeschäfte: Dresden und Beuthen O/Schl.

Volkskrankheiten

**Neurasthenie (Nervenschwäche)
Rückenmarkerschwäche, Nervenleiden
Rheumatismus, Gicht, Ischias,
Verdaunungsbeschwerden, Schlaflosigkeit**

u. viele andere Krankheiten
werden mit grösster Erfolge
bekämpft durch unseren

Elektro-Suspensor.

Broschüre hierüber mit Aussprüchen ärztlicher Autoritäten
sowie Anerkennungsbescheiben versendet gratis und franko

Küster & Comp., G. m. b. H., Frankfurt a. M. 42.
Fabrik elektr.-mediz. Apparate.

Sarepta Sanatorium für Lungenkranke.

Blasewitz bei Dresden, Loschwitz Str. 3.
Alle chronischen Katarhe der Atmungsorgane, auch fieberhafte.
Erstklassig eingerichtete, kleine, behagliche Heim. —
Näheres durch Prospekt. Telefon Amt Dresden 9578.
Oberstabsarzt a. D. Dr. v. Hahn
bisher Chefarzt in Görbersdorf.

Bandwurm mit Kopf

sich Maden- und Spalwürmer, werden auch in hartnäckigen Fällen schmerzlos in
ca. 2 Stunden entfernt durch „Sollasina“, geruchlos, angenehm schmeckendes
Pulver, das bei allen Wurmkrankheiten eine gründliche Darmreinigung bewirkt. Keine
Dauerkur! Kein Brechreiz! Nur „Sollasina“ echt mit Anweis. 2 Mk. für Kinder
1.50 Mk. & Elter. v. 2.25 Mk. bez. 1.75 Mk. pro. Bestells. Dresdner Grosshandl. H. Böhme &
Sohn, Beuthen, im Bism. 26. Labor. Leo, Dresden. Erhältl. in allen Apotheken.

In Halle: Hirschapotheke u. Löwenapotheke.

Grösste Hallesche Hauschlachterei

mit Motorbetrieb.
Bernhard Borgis, Halle a. S., Dampfabr. 10.
Jeden Montag und Donnerstag 578
Grosses Schlachtfest.
Hochfeine Wurstwaren
und nur reinem, frischem Schweinegut.

Knappe & Wirk's

Eukalyptus-Bonbons
(Schugmarke Zwillinge)



Bestes Bindebandmittel gegen
Düfte, Keiferkeit,
Verfälschung etc.
Tägliche Lobende Anerkennungen.
Ein Versuch überzeugt.
Beim Einkauf wolle man
genau auf die Schugmarke
Zwillinge achten, andere
weisse man zurück.
Ueberall zu haben.
Hauptniederlage u. Vert. f.
Halle a. S.
Adolph Hermann,
Gr. Ulrichs- u. Steinstr.-Ecke.

Urin-Untersuchung

chemisch u. mikroskopisch, sowie
Prüfung von Auswurf
fernstig gewissenhaft und billig
Apotheker C. Krätgen,
Königsr. 24, Ecke Merseburgerstr.
Canariensaat (Glant) faub. ge-
rein. lauft man billig bei Bernh.
Lallach, Schwefelstr. 11a.

Ueber 45000 Flügel u. Pianinos

C. Rönisch - Dresden
Königliche Hof-Piano-Fabrik

„ 43000 Flügel u. Pianinos
R. Görs & Kallmann-Berlin
Glänzende Anerkennungen aus allen Weltteilen.

„ 42000 Flügel u. Pianinos
J. & P. Schledmayer - Stuttgart
Hoflieferanten Sr. Majestät des Kaisers

„ 32000 Flügel u. Pianinos
Ernst Kaps - Dresden
Königliche Hof-Piano-Fabrik

beträgt die Produktion dieser Weltfirmen.
Ueberall bestens eingeführt, ausserst preiswerte Fabrikate, die sich in jed. Beziehung von selbst empfehlen.

Albert Hoffmann, am Riebeckplatz.
- Fernruf 2933. -

— Alleinverkauf für Phonolas und Phonola-Pianos. —

Wintergarten.

Täglich Künstlerkonzerte
von Kapellmeister Friedland.
Wittnastisch 12-3 Uhr.

„Zum Würzburger“
am Dallmarkt. Fernruf 2907.
Würzburger Bürgerbräu
(1/2 Liter 20 Pf.)
Nestlich empfohlen.
Siphon-Versand.
Alleinverkauf für Halle a. S.

Unterricht.

Gallenstedt a. Harz.

Städtisches Pädagogium Woltzstr. 101

(Gymnasium I. & Unterprima
Chern 1909 und Realschule).
Ceffenliche, berechnete Lehr-
Begrünnung. Das damit verbund.
Klassen nimmt Schüler der
Gymnasialklassen von Sexta bis
Unterprima, der Realklassen von
Sexta bis Untertertia auf.
Seine Klassen, gesunde Luft, gr.
Garten, electric. Licht, Wasser, sehr
Siphon, herrliche Aussicht.
Auch gute u. preiswerte Pension
in Familien. Prospekte und lan-
ge Auskünfte durch Magister
ober Direktor. (2746)

Buchführung, Stenographie, Schön-, Schnell- u. Maschinenschr.

lehrt gründlich
Herren und Damen (1918)

F. Wehmer, Poststr. 1

„Praktika“
Buer's Handelslehrranstalt,
Geiststrasse 29 I,
Beginn eines neuen Kurses
am 14. April
Anmeldungen rechtzeitig erbeten.

Buchführung, Erfahrungsbilanz, Inven- taren, Abschüsse u. Fort- führung Uebernahm. Dopp- lisch, für Damen u. Herren, nur Einzelunterricht. Halle a. S., Meckelstrasse 6, III, Friedr. Carl Beyer, Buchherrscher.

Musikschule

D. Kruse,

Dr. Müllerstrasse,
empfehl.
Geigen- und
Blavierunterricht
garantirt sicher f. Vernf.

Theoretische u. praktische
Ausbildung zum
„Chausseur“.
Vollständiger Lehrgang. Un-
terricht. Nachweis u. t. d. t.
Chausseuren.
Technik. Altenburg, Sa. A.

Magenleidenden

teile ich aus Dankbarkeit gern und
unentgeltlich mit, was mir von
jahrelangen, unheilvollen Magen-
und Verdauungsbeschwerden ge-
heilt hat. A. Höck, Lehrerin,
Schneckenb. h. Frankfurt a. M.

Apollo-Theater.

Telephon 183.
Direktor: Gustav Poller.

Theater Job-Classen.

Heute Sonntag:

Grosse Abschieds-Vorstellungen.

Nachmittag 4 Uhr zu kleinen Preisen:

Der rote Hahn.

Dienstag: (9561)

Die Herren von Maxim.

Anfang 8 Uhr: Der neueste Schlager:

Das Mädchen mit der Bremse.

Kriegsmarine-Ausstellung

vom 18. Febr. bis 14. März

in der Turnhalle am Röhlsplatz.

Täglich geöffnet 9-12 Uhr.

von 2 bis 1 und 2 bis 9 Uhr.

Unter den Ausstellungsgegen-
ständen befinden sich in reichem
Maße die neuesten und andere Er-
findungen aus dem Vorkriegsstande, 1000 plänk.
Nielgeschosse, Kartatide, Schrap-
nells, Bomben, viele große, prächtige
Kümmerschiffe aus gestirbte Kriegsschiffe
sowie andere Schiffsmodelle. Auch
eine Kriegsschiffmaschine, Wasser-,
Gas- und Dampfmaschinen, die
wichtigen nautischen Apparate, Leucht-
signale, Signalbaken, Signalbänke
u. dergleichen, sowie eine Anzahl
Münzen aus unseren Kolonien usw. usw.

Eintrittsgeld: 50 Pf. (Katalog 10 Pf.). Es ladet freundlich ein.

Ortsgruppe Halle des Deutschen Flotten-Vereins.

Dauernde Ausstellung

anatomischer und pathologischer

Wachspräparate.

Geöffnet von 9-1 und 3-7.

Mittelstrasse 2. prt. (Nähe Große Steinstrasse).

Besichtigung 25 Pf.

Waldsanatorium Bad Gruna i. Sa.

in Erzgebirge, 400 m ü. M., 12 km von Chemnitz.

Für Erholungsbedürftige: Nerven-, Magen-, Darm-, Herz-, Stoffwechsel-
und Frauenleiden. Kur und Pension 7-10 Mark pro Tag.

Illustr. Prospekt frei Dr. Dahms, dirigit Arzt

Bad Thal b. Eisenach

Wintersport! Edgarte Winter- und Sommer-Aufenthalts-
„Villa Erholung I“, bestmöggl. Haus. Winter-Prospekte nach
H. Gebhardt.

Schöne Seereisen von HAMBURG nach

MADEIRA und den

Canarischen Inseln

mit den erstklassigen Post- und Passagierdampfern der

Woermann-Linie

und der

Hamburg-Amerika-Linie (Afrika-Dienst)

Nähere Auskunft wegen Passage

für die Schiffe der Woermann-Linie bei der Woermann-Linie

(Passage-Abteilung),

für die Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie bei der Hamburg-Amerika-

Linie (Afrika-Dienst)

oder bei den Agenten beider Gesellschaften.

Patentanwalt Eyck,

Halle a. S., Leibnizstrasse 71, Telephon 3457.